

Antrag Nr. 19-F-05-0041

FDP

Betreff:

Beratungsstelle NeW Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 19.11.2019 -

Antragstext:

Nach Abschluss der Haushaltsberatungen traten unterschiedliche Unterstützer (z.B. MigraMundi und das BWHW) schriftlich oder durch Verteilung eines Informationsblattes vor der Stadtverordnetenversammlung an die Stadtverordneten heran um darauf aufmerksam zu machen, dass die Beratungsstelle NeW der Werkgemeinschaft e.V. durch Auslaufen einer Drittmittelfinanzierung und dem Ausbleiben einer städtischen Unterstützung zum April 2020 ihr Angebot der Traumabewältigung für Geflüchtete einstellen müsste und dies Auswirkungen auf die dahingehende Versorgungssicherheit in Wiesbaden hätte.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zügig

1. zu berichten, wie er die das diesbezügliche Versorgungsangebot in der LHW und in dem Zusammenhang die fachliche Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Angebotes der Beratungsstelle NeW bewertet,
2. die Plausibilität des angemeldeten Bedarfs in Höhe von 94.290 Euro (2020) und 144.860 Euro (2021) zu bewerten,
3. Möglichkeiten der kommunalen Unterstützung, wenn möglich ohne weitere Haushaltszusetzungen, darzulegen.

Wiesbaden, 19.11.2019

Sebastian Rutten
Sprecher für Soziales und Gesundheit

Johannes Mellein
Fraktionsreferent